



**Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter
betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)
vom 8. Mai 2014**

Die Kantonsratsmitglieder Gabriela Ingold, Unterägeri, Thomas Lötscher, Neuheim und Leonie Winter, Hünenberg, haben am 8. Mai 2014 folgende Interpellation eingereicht:

Der Bund hat im Dezember 2013 zur USR III einen Schlussbericht verfasst. Die Interpellanten sehen in der in diesem Bericht dargestellten Stossrichtung eine Gefahr für den Föderalismus und die Zuger Standortqualität. Der kantonale Wettbewerb könnte ausgehebelt werden.

Als Worst-Case-Szenario wären Unternehmensabwanderungen, leere Büroflächen und Arbeitslosigkeit nur die Spitze des Eisberges.

Wir stellen der Regierung folgende Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung des Kantons Zug die Wichtigkeit des interkantonalen und des internationalen Steuerwettbewerbes für den Kanton Zug sowie für die Schweiz?
2. Wie will der Kanton Zug die zukünftige Attraktivität für ausländische Ansiedlungen sicherstellen, und welches sind die vermutlichen Hauptzielmärkte für Ansiedlungsprojekte nach Zug für die nächsten 5 bis 10 Jahre?
3. Wie steht die Zuger Regierung zu einer geforderten Bundesaufsicht über die Umsetzung des Steuerharmonisierungsgesetzes? Wäre diese mit dem Föderalismus zu vereinbaren?
4. Was unternimmt die Regierung gegenüber dem rufschädigenden Widerruf von Steuervorbescheiden (Rulings) durch die Bundesaufsicht über die Bundessteuer?
5. Welche Ersatzmassnahmen der bisherigen kantonalen Steuerstati sind aus Sicht der Regierung auf Bundes- und Kantonsebene zu ergreifen und wie versucht sie diese auf beiden Ebenen durchzusetzen um die interkantonale und internationale Steuerwettbewerbsfähigkeit sicherzustellen?
6. Welche Rolle spielt dabei der Gewinnsteuertarif?
7. Wie beurteilt die Zuger Regierung einen möglichen Ausgleich von Steuerausfällen durch Bundesgelder und wie wäre in diesem Zusammenhang die NFA anzupassen?
8. Hat die Regierung Szenarien entwickelt, wie einer Abwanderung von Unternehmungen entgegen zu treten ist?
9. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Landesregierung die Interessen des Wirtschaftsstandortes Schweiz gegenüber dem Ausland ausreichend stark verteidigt oder wird er diesbezügliche Forderungen stellen?